**In der Moschee**
MARTIN VALENTIN FUCHS

# Vom Kosovo in den Dschihad

*Zwei Imame predigen gegen die Radikalisierung junger Muslime*

**von Franziska Tschinderle**

Angeblich verlässt Zuhdi Hajzeri seit jener Nacht im August 2014 seine Moschee nur noch mit einer Pistole. Ein Freitag muss es gewesen sein, denn das ist der Tag, an dem der Imam die Chutba[1] hält. Zuhdi – 35 Jahre, eins neunzig groß, schlaksig und glattrasiert – stand damals in seinem langen Gebetsgewand auf der Kanzel und sprach zu seiner Gemeinde. Zugegeben, sarkastischer als sonst: „Ihr wollt euch gegenseitig die Köpfe einschlagen? Dann müsst ihr kein Ticket nach Syrien kaufen. Geht rauf in die albanischen Berge, da könnt ihr das in Ruhe tun."

Aus dem Kosovo sind einige selbst ernannte Gotteskämpfer in den Heiligen Krieg gezogen. Lavdrim Muhaxheri[2] zum Beispiel, der eine albanische Einheit in Syrien angeführt und auf Facebook mit Enthauptungen und Geiselnahmen geprahlt hat. Oder der 19-jährige Blerim Heta, der bei einem Selbstmordattentat 52 Iraker mit in den Tod riss. Immer öfter geht es in Hajzeris Chutbas darum, dass die Gemeinde solche Männer von ihrem Weg abbringen muss. Um 22.30 Uhr war er an besagtem Freitag fertig. Wie jeden Abend schwang er sich auf sein Fahrrad und fuhr nach Hause. Nur diesmal war etwas anders. Die Scheinwerfer eines Pkws blendeten ihn. Der Fahrer gab Gas und raste direkt auf ihn zu. Alles ging sehr schnell.

Zuhdi Hajzeri hat überlebt. Und er kennt seine Feinde, „die Wahhabi", wie die Leute hinter vorgehaltener Hand sagen. Anderthalb Jahre nachdem er beinahe überfahren worden wäre, sitzt Zuhdi nun auf der Terrasse des Hotels Dukagjini und blinzelt in die Sonne. Er bestellt sich einen Cappuccino und lehnt höflich die angebotene Zigarette ab. Auch gemäßigte Imame rauchen nicht. Dann senkt er die Stimme: „Die Wahhabiten[3] legen den Koran wortwörtlich aus und wollen strikt nach den Aussagen des Propheten leben." Auf dem Balkan gelten ihre Anhänger als Bindeglied zwischen dem IS und potenziellen Rekruten, weil sie die dschihadistische Propaganda ins Albanische übersetzen. In einem Video ruft der IS dazu auf, im Fastenmonat Ramadan „möglichst viele Ungläubige auf dem Balkan zu töten".

Hajzeri hat in Kairo Theologie studiert, mit dem Schwerpunkt Koraninterpretation. Er versteht nicht, dass jemand im Namen seines Gottes mordet. Dafür, dass er eigentlich nicht mit Journalisten sprechen soll, hat er sich einen ziemlich prominenten Ort für unser Treffen ausgesucht, eines der bekanntesten Panoramaplätzchen Pejas. Neben dem Hotel plätschert der Weiße Drin, der 25 Kilometer weiter nördlich in den schneebedeckten Bergkuppen entspringt. Sie thronen über der Stadt wie weiße Riesen. Peja liegt im Westen des Kosovo, an der Grenze zu Montenegro und Albanien. Es ist mit etwa 100 000 Einwohnern die drittgrößte Stadt im jüngsten Staat Europas. Nirgendwo sonst im Kosovo, sagen die Stadtbewohner stolz, sei die Luft frischer, das Wasser klarer als hier.

In diesem Idyll lebt Zuhdi Hajzeri gefährlich, seit er sich 2013 erstmals öffentlich zu den kosovarischen Gotteskämpfern äußerte. „Damals", erzählt er, „haben die Leute gesagt, dass ihre Kinder nicht gehen werden." Drei Jahre später sind dem kosovarischen Amt für Terrorismusbekämpfung zufolge mehr als 300 Landsleute aufgebrochen.[4] „Mit dieser Dichte liegt Kosovo im europäischen Spitzenfeld", sagt der Islamwissenschaftler Thomas Schmidinger. Gemessen an der Einwohnerzahl von 1,8 Millionen gibt es tatsächlich kein Land in Europa, das mehr Dschihadisten „exportiert".

Der Balkanexperte Konrad Clewing vom Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg warnt vor einer Fehlinterpretation der Zahlen. Man müsse als Maßstab nicht die Gesamtbevölkerung, sondern den Anteil der Muslime im Land heranziehen, der mit 90 Prozent weit höher liegt als in anderen Staaten Europas. Nur in der Türkei leben prozentual mehr Muslime als im Kosovo. Und doch fallen die absoluten Zahlen bei einem so kleinen Land ins Gewicht. Bei 300 Ausgereisten heißt das, dass aus jeder der knapp 30 politischen Gemeinden zehn Leute in den Dschihad gezogen sind.

Um zu verstehen, warum der Imam von Peja regelmäßig Drohanrufe bekommt, muss man sich die größte religiöse Institution im Kosovo genauer ansehen: die Islamische Glaubensgemeinschaft. Dort hat im Lauf der letzten zehn Jahre ein Machtwechsel stattgefunden. Thomas Schmidinger bezeichnet die Entwicklung als „eine Art Putsch", bei dem konservative Geistliche das Ruder übernommen haben. An der Spitze steht seit 2003 Großmufti Naim Tërnava. Kritiker bezeichnen ihn als „Diktator", nachdem er die Statuten geändert hat und nun nicht mehr abgesetzt werden kann. Liberale Geistliche klagen über undemokratische Wahlen und werfen Tërnava vor, Hassprediger und radikale Wahhabiten in den eigenen Reihen zu dulden.

Das Kosovo, ein wirtschaftlich und institutionell schwacher, zudem korrupter Staat, genießt bei seinen Bürgern wenig Vertrauen. Seit der Unabhängigkeit von 2008 konnte sich keine nationale Identität entwickeln. Ein junger Mann in einem Café beschreibt das so: „Von einem Tag auf den anderen sollten wir eine neue Flagge lieben. Daran hat sich niemand gewöhnt."

Balkanexperte Clewing erklärt die Zuwendung zum radikalen Islam mit dieser politischen und ideologischen Orientierungslosigkeit im Land. Dazu kommt, dass der Kosovo das einzige Land auf dem Balkan ist, das keine Visa-Erleichterungen für die EU genießt. Für junge Kosovaren ist es viel schwieriger, ein Visum für ein Auslandssemester in Berlin oder Paris zu bekommen, als eine Reise in den Dschihad anzutreten.

Clewing beobachtet eine weitere Besonderheit: Während des Kriegs kämpften Islamisten an der Seite der Separatisten in der UÇK.[5] Sie sind in der Regel kampferprobt und arbeitslos. Laut einer aktuellen Studie des Kosovar Center for Security Studies (KCSS) sind 36 Prozent der kosovarischen „foreign fighters" älter als 28 Jahre[6] und wissen auffallend wenig über den Islam.

Obwohl der Islam die größte Religionsgemeinschaft ist, spielt er im gesellschaftlichen Leben eine untergeordnete Rolle. Wer durch die Fußgängerzone von Prishtina spaziert, sieht selten eine Frau mit Kopftuch, von einer Burka ganz zu schweigen. In den Bars und Cafés trifft man häufig junge Muslime, die rauchen und Bier und Raki trinken. In die Moschee gehen sie ihren Eltern zuliebe ein paar Mal im Jahr.

## Islamistische Zellen, die als NGOs auftreten

Im sozialistischen Jugoslawien war die Islamische Gemeinschaft weitgehend isoliert. Bis 1993 stand sie unter staatlicher Aufsicht. Sie wurde zentralistisch organisiert und ihr Vorsitz nach Sarajevo verlegt, von wo aus auch die Gelder verteilt wurden. Kontakt und Austausch mit Geistlichen im Ausland war verboten. Nach Titos Tod 1980 und mit Zunahme der Spannungen zwischen den Teilstaaten wuchs das Interesse an Religion. Die spätere Vertreibung und Unterdrückung der albanischen Muslime durch das serbische Regime hat deren religiöses Bewusstsein überhaupt erst geweckt.

Nach dem Kriegsende 1999 waren die islamischen Gemeinden – wie auch das ganze Land – auf ausländische Hilfe angewiesen, 215 Moscheen und Gebetshäuser waren zerstört. Es kamen nicht nur KFOR-Soldaten, Diplomaten und UNO-Mitarbeiter in den Kosovo, sondern auch zahlreiche als humanitäre NGOs auftretende islamistische Zellen aus Saudi-Arabien, die in den Folgejahren ungestört missionieren konnten. Sie sorgten für den Bau von Moscheen, verlangten von den Frauen, sich zu verschleiern, und von den Männern, lange Bärte zu tragen. Einige dieser NGOs sollen mit Sponsoren in Verbindung gestanden haben, die zeitweise auch al-Qaida unterstützten. So hat etwa die salafistische Stiftung al-Waqf al-Islami mit Sitz in den Niederlanden[7] unter ihrem Direktor Abdur Rrezaq, einem irakischen Arzt, im Auftrag der Islamischen Gemeinschaft über 20 Moscheen im Kosovo errichtet.

2014 wurde das Büro von al-Waqf al-Islam ebenso wie die neun weiterer NGOs wegen Terrorismusverdachts geschlossen. Es war das Jahr, in dem der Kosovo der „Internationalen Allianz gegen den IS" beitrat. Im Sommer 2014 wurden 15 Imame festgenommen, bis auf einen wurden sie alle nach zwei Monaten wieder freigelassen. Einer von ihnen ist Shefqet Krasniqi, ein enger Vertrauter von Großmufti Naim Tërnava und über die Grenzen des Kosovos hinaus als radikaler Prediger bekannt. Im Internet präsentiert er sich modern, macht Selfies im Sportwagen und schüttelt angesagten Fußballspielern die Hände. Krasniqi wurde nach seiner Verhaftung zwar als Imam der großen Moschee von Prishtina seines Amts enthoben, lehrt inzwischen aber an der Fakultät für Islamische Studien in Prishtina, der höchsten muslimischen Bildungseinrichtung im Kosovo.

Das Gebäude ist ein einfacher Plattenbau mit angrenzender Moschee und Minarett, versteckt im Straßenlabyrinth der Stadt. Im Flur hängen Fotos des Großmufti. Das Fach, das Krasniqi unterrichtet, ist im Curriculum als „fikh" ausgeschrieben, islamisches Recht. Bis 2011 hat auch Idriz Bilalli hier gelehrt. Heute ist der 52-Jährige Imam in Podujeva, einer Stadt im Nordosten, an der Grenze zu Serbien.

Bilallis Büro ist mit einem kunstvollen grünen Teppich ausgelegt, über den man nur auf Strümpfen gehen darf. Er ist neben Zuhdi einer der stärksten Gegner des „Tërnava-Systems". 2011 gründete er eine oppositionelle Arbeitsgemeinschaft und wurde kurz darauf von der Universität und später als Vorstand der Imame in Podujeva suspendiert.[8] Die Wahlverfahren in der religiösen Hierarchie der Islamischen Gemeinschaft bezeichnet er als „exjugoslawisch". In den 700 Moscheegemeinden werden zwar Wahlen abgehalten, doch in den Vorstand kommt nicht immer der Kandidat mit den meisten Stimmen. Der Mufti wählt einen Favoriten aus. „So werden", kritisiert Bilalli, „seit einigen Jahren wichtige Positionen systematisch mit Wahhabiten besetzt."

Und wie reagiert der Staat darauf? „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Islamische Gemeinschaft zu kontrollieren", sagt Ardian Arifaj, außenpolitischer Berater von Präsident Hashim Thaçi. Immerhin wurde 2015 ein Gesetz erlassen, wonach IS-Rückkehrer mit 15 Jahren Haft bestraft werden können. Dazu wurde ein PR-Video veröffentlicht, das zeigt, wie Polizisten die Wohnung eines mutmaßlichen Dschihadisten stürmen. „Der IS hat eine bessere Strategie als der Staat Kosovo", sagt Sibel Halimi, Soziologieprofessorin an der Universität Prishtina, die über Frauen und Dschihadismus forscht. Aus ihren Recherchen weiß sie, dass die Hassprediger schon die nächste Generation im Auge haben. „Deswegen braucht es endlich Deradikalisierungsprogramme", drängt Halimi.

Genau das wollen in Podujeva und Peja auch die Imame Zuhdi und Idriz mit ihrer Chutba erreichen. Inzwischen klären sie auch im Internetportal foltash.com über den Extremismus auf. Bilallis Gemeinde ist eine der wenigen, aus denen niemand ausgereist ist. „Man muss im Kleinen beginnen, und zwar hier drinnen", sagt er, während er auf Socken durch die Gebetshalle schlendert. Vorbei an einer Spendenbox, die er nur noch ungern leert. Darin hat er einen Brief gefunden, in dem steht: „Meine Kugel wird dich zum Schweigen bringen. Bist du wirklich so klug, wie du tust? Dann steck deine Nase nicht in unsere Angelegenheiten."

---

[1] Freitagspredigt, bei der es meist um aktuelle Ereignisse geht.

[2] Muhaxheri starb vermutlich im August 2015. Er galt als einer der „Top Ten"-IS-Terroristen der Welt.

[3] Der Wahhabismus ist eine im 18. Jahrhundert von Muhammad Ibn Abd al-Wahhab ins Leben gerufene sittenstrenge, sunnitische Glaubensrichtung und die Staatsreligion Saudi-Arabiens.

[4] Bekannt ist, dass sich 80 noch im IS-Kampfgebiet befinden, 120 sind zurückgekehrt und 50 sind ums Leben gekommen.

[5] Die UÇK war die albanische Befreiungsarmee im Kosovo-Krieg 1994 bis 1999.

[6] Siehe www.qkss.org/repository/docs/Report_inquiring_into_the_causes_and_consequences_of_Kosovo_citizens'_involvement_as_foreign_fighters_in_Syria_and_Iraq_307708.pdf.

[7] www.rimse.gr/2014/01/al-waqf-al-islami-in-balkans.html.

[8] Vgl. den Bericht von Global Intelligence vom September 2011, veröffentlicht von WikiLeaks: wikileaks.org/gifiles/docs/71/714478_kosovo-albania-us-serbia-rift-inside-kosovo-islamic.html.

Franziska Tschinderle ist Journalistin.
© *Le Monde diplomatique,* Berlin

# Die Wütenden von Skopje

## *Mazedonien und die Bunte Revolution*

**von Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin**

Arsim Zekolli, ehemals mazedonischer OSZE-Botschafter, rührt mit unergründlicher Miene in seinem Kaffee: „Wer Mazedonien kontrolliert, der kontrolliert den Balkan", behauptet er. Das Café in dem Basar aus osmanischer Zeit ist menschenleer. Und schaut man an diesem grauen Tag aus dem Fenster, wirkt Skopje wie die verschlafene Hauptstadt eines Staats in der Dauerkrise.

Immer habe es Streit um das kleine Mazedonien gegeben, erzählt Zekolli: Lange Zeit hätten Serbien und Griechenland um das Territorium in ihrer Mitte gerungen. Albanien und vor allem Bulgarien würden den Mazedoniern sogar eine eigene Kultur absprechen und die mazedonische Sprache als eine Art bulgarischen Dialekt bezeichnen. Nur in einer Sache seien sich die vier Nachbarstaaten einig, klagt Zekolli: das randständige Mazedonien in einer ohnehin von Europa vergessenen Region im Zustand chronischer Unterentwicklung zu belassen. „Dabei ist unser Land die Kontrollstation des Balkans. Mazedonien ist ein Drehkreuz für Geheimdienste und Menschenhändlerringe." In der Tat kann sich Mazedonien rühmen, Sitz der größten US-Botschaft auf dem Balkan zu sein – ein für das kleine Land seltsam überdimensioniertes Gebäude.

Unterwegs wirkt das ganze Land so verlassen wie das alte Kaffeehaus in Skopje. Offiziell liegt die Einwohnerzahl bei 2,1 Millionen. Ob diese Zahl noch aktuell ist, darf allerdings bezweifelt werden; die Ergebnisse der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011 sind noch nicht verfügbar.[1] In den abgelegenen Bergdörfern wohnen fast nur noch Greise, die sich gegen das Vordringen des Walds wehren. Selbst die Großstadt Skopje kann die jungen Akademiker kaum halten. Laut einer Schätzung der Weltbank von 2010 haben seit dem Zerfall Jugoslawiens 1991 etwa 447 000 Menschen das Land verlassen. Jedes Jahr wandern 20 000 Mazedonier aus.[2] Bei einer Arbeitslosenquote von rund 30 Prozent, einem monatlichen Durchschnittseinkommen von weniger als 350 Euro und der schlechten Wirtschaftslage sehen viele keinen anderen Ausweg. Nur Sportwettbüros boomen, ein zuverlässiger Indikator für Verarmung.

Nachdem 2006 die nationalkonservative VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit) wieder an die Macht gekommen war, versuchte Nikola Gruevski, der neue ultraliberale Ministerpräsident, per Steuer- und Sozialdumping ausländische Investoren ins Land zu holen. Von der geplanten „mazedonisch-chinesischen Sonderwirtschaftszone" im Umland von Skopje zeugt heute nur noch eine verlassene Brache. Gruevskis Privatisierungsmaßnahmen haben Mazedoniens wirtschaftlichem Fundament den Rest gegeben. Ohne die Rücküberweisungen der Emigranten würde die Wirtschaft wohl komplett zusammenbrechen. 252,1 Millionen Dollar wurden insgesamt im vergangenen Jahr überwiesen, eine Summe, die vergleichbar ist mit den ausländischen Direktinvestitionen im selben Zeitraum.

In Mazedonien werden etwa 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im informellen Sektor erwirtschaftet; nahezu ein Fünftel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, der Staatshaushalt weist ein chronisches Defizit auf, und der öffentliche Schuldenberg wächst und wächst – wozu vor einigen Jahren unter anderem das Prestigeprojekt „Skopje 2014" beigetragen hat. Für etwa 300 Millionen Euro wurde die komplette Innenstadt radikal umgestaltet: Mit einem bombastischen Triumphbogen, neuen, historisierenden Fassaden, bronzenen Brunnen und jeder Menge riesigen Statuen von Alexander dem Großen, Philipp II. von Mazedonien, populären Dichtern, Sängern und Revolutionären aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

Die in Stein gehauene nationalistische Geschichtsschreibung war auch Ausdruck einer strategischen Neuausrichtung. Seitdem Mazedonien 2005 EU-Beitrittskandidat geworden war, hatte sich nichts mehr bewegt. Im Gegenteil: Auch der Antrag auf Mitgliedschaft in der Nato wurde 2008 abgelehnt. Offiziell wird der leidige Namensstreit mit Griechenland dafür verantwortlich gemacht – Athen betrachtet die Bezeichnung „Mazedonien" als exklusiven Bestandteil des hellenischen Kulturerbes.[3]

Doch während die Vereinten Nationen unter der Ägide des US-Diplomaten Matthew Nimetz auf eine Lösung des Konflikts drängten, diente Gruevski die griechische Blockade als Rechtfertigung für das stockende Beitrittsverfahren. Mazedonien begann sich immer mehr von Brüssel abzuwenden und suchte stattdessen die Nähe zu Moskau[4] und der Visegrád-Gruppe, die nach dem polnischen Wahlergebnis vom Oktober 2015 noch weiter nach rechts gerückt ist.[5]

Lange wurde der Fall Mazedonien als europäische Erfolgsgeschichte dargestellt: So gelang es 2001 mit Hilfe der EU den bewaffneten Konflikt zwischen den mazedonischen Sicherheitskräften und der albanischen Rebellenorganisation UÇK beizulegen. Doch das Friedensabkommen von Ohrid, das der albanischen Minderheit (immerhin ein Viertel der Bevölkerung Mazedoniens) mehr Rechte versprach, wurde nie vollständig umgesetzt. Zwar waren bisher in jeder Regierung Mitglieder einer albanischen Partei vertreten. Doch faktisch arbeiteten die Koalitionäre aus Gruevskis VRMO und der albanischen Demokratischen Union für Integration (DUI) überhaupt nicht zusammen. Sie teilten nur die Posten und die Gelder untereinander auf.

So kam es, dass jeder mazedonische Minister, Staatssekretär und Beamte einen albanischen Vertreter hat. Und weil jede Partei ihre Gefolgsleute versorgen wollte, entstanden immer mehr Stellen. Dieser Klientelismus nährt sich nicht nur aus der ethnischen Teilung der Gesellschaft, er befördert sie auch noch. Trotzdem galt das Modell in der EU lange als Garant für regionale Stabilität, deren größte Bedrohung angeblich die sogenannte Albanienfrage darstellt. „Dabei war schon beim Abschluss des Ohrid-Abkommens der Wurm drin", meint Zekolli. „Die Europäer glaubten, dass aus Kriegsherren Friedenswächter werden könnten – eine Fehleinschätzung, die übrigens für ganz Südosteuropa gilt. Alles, was man von der VMRO-DPMNE verlangte, war 2008 die Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, was ihr nicht weiter schwerfiel."

Der Regierungsstil von Nikola Gruevski wurde immer autoritärer. Wichtige oppositionelle Medien wie der private Fernsehsender A1 wurden 2011 geschlossen. Der Unternehmer Velija Ramkovski, Eigentümer von A1 und früher sogar ein Unterstützer Gruevskis, wurde verhaftet und wegen „Steuerbetrugs" zu 13 Jahren Haft verurteilt.[6] Auch innerhalb der politischen Institutionen etablierte sich ein rigides Kontrollsystem. Ohne Mitgliedschaft in der VMRO brauche man sich gar nicht erst um eine Beförderung zu bemühen, vertraut uns ein Beamter an: „Man muss aufpassen, was man sagt, sonst wird man womöglich entlassen. Überall lauern Spione und Denunzianten!" Auch in Wirtschaftskreisen beschwert man sich, allerdings noch diskret, über politische Einflussnahme. Es sei zum Beispiel „ratsam", mindestens ein Parteimitglied von der VMRO zu beschäftigen, um unangekündigte Steuerprüfungen zu vermeiden.

Gruevskis langer Abstieg begann im vergangenen Winter: Im Februar 2015 enthüllte Zoran Zaev, Vorsitzender der sozialdemokratischen Opposition, einen Abhörskandal: Auf Anweisung des Ministerpräsidenten waren die Telefone von mehr als 20 000 Personen angezapft worden – unter ihnen zahlreiche Oppositionelle, Journalisten, Diplomaten, Polizisten und sogar Regierungsmitglieder.

Seitdem nimmt die politische Krise kein Ende mehr, zumal Zaev auch Mitschnitte veröffentlichte, in denen sich Regierungsmitglieder über Wahlfälschungen, Ämtergeschacher, geplante Maßnahmen gegen Journalisten und „Geschäfte" unterhalten. Immer wieder kam es zu Demonstrationen in den Straßen von Skopje, und es flogen Farbbeutel gegen die weißen Fassaden von „Skopje 2014". Im Frühjahr 2015 campierten Tausende vor dem Regierungssitz und forderten Gruevskis Rücktritt.

**Skopje im April: Farbe für den Löwen der Nation**
BORIS GRDANOSKI/ap

Ein offensichtliches Ablenkungsmanöver der Regierung heizte den Konflikt nur noch weiter an: Am 9. und 10. Mai 2015 stürmten Sondereinheiten der Polizei ein Viertel der Stadt Kumanovo im Norden des Landes, in dem sich eine bewaffnete Gruppe Albaner versteckt hielt. Die vom Geheimdienst organisierte „Antiterror"-Operation endete in einem Fiasko. 22 Menschen wurden getötet (8 Polizisten und 14 mutmaßliche „Terroristen") und 37 verletzt. Danach mussten der Geheimdienstchef und der oberste Staatsanwalt sowie die Innenministerin und der Verkehrsminister ihren Hut nehmen.

„Die Regierung hat versucht, das Ereignis dazu zu benutzen, Hass zwischen Mazedoniern und Albanern zu schüren und die Wut der Bürger zu instrumentalisieren", erklärt Avdi Avdiu, Vorsteher der Moschee von Kumanovo. „Aber diesmal hat sich niemand auf das falsche Spiel eingelassen – was im Balkan äußerst selten vorkommt. Stattdessen sind alle zusammen auf die Straße gegangen, um ihre Einheit zu demonstrieren."

Nach wochenlangen zähen Verhandlungen, moderiert von EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn, unterzeichneten schließlich am 15. Juli 2015 die vier größten Parteien des Landes das Abkommen von Przino. Man einigte sich auf Gruevskis Rücktritt zum 18. Januar, auf eine Überprüfung der Wählerlisten, ein neues Mediengesetz und die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft, die den Abhörskandal untersuchen sollte. Die vorgezogenen Neuwahlen hätten am 24. April stattfinden sollen, doch dann verlegte die VMRO in einer von der Opposition boykottierten Parlamentssitzung den Wahltermin auf den 5. Juni.

Weiteren Zündstoff lieferte am 12. April Präsident Gjorge Ivanov, als er für 56 Beteiligte des Abhörskandals, von denen manche zu Gruevskis engstem Kreis gehörten, eine Generalamnestie erließ. Nun forderten die Demonstranten auch den Rücktritt von Ivanov, während die Opposition ankündigte, die Wahlen zu boykottieren. Und Katica Janeva, die zur Untersuchung des Abhörskandals eingesetzte Sonderstaatsanwältin, erklärte Ivanovs Amnestieerlass für null und nichtig.

Lange Zeit war die mazedonische Gesellschaft wie betäubt – durch die ökonomische Krise und die Abwesenheit einer wirklichen politischen Debatte. Aber mittlerweile gehen auch die Studenten- und Schülerverbände auf die Straße, um gegen die geplante Universitätsreform zu protestieren. Allerdings war es nicht nur die „Bunte Revolution" gegen Gruevski und Co., die das Land aus seiner Agonie geweckt hat.

Auch die Fluchtbewegung über den Balkan[7] hat über konfessionelle und ethnische Schranken hinweg eine beeindruckende Solidarität in Gang gesetzt. Seit Monaten packen „gemischte" Freiwilligenteams in der Transitzone von Tabanovce und Gevgelija mit an. Überall entstanden Sammelstellen für Kleider und Lebensmittel. „Wir haben hier so viel Leid gesehen, dass niemand mehr danach fragt, wer Mazedonier und wer Albaner ist. Jede helfende Hand ist willkommen", erzählt Aleksandra Davidovska, die seit über einem Jahr die humanitäre Hilfe im Norden des Landes koordiniert. „Die Bürger haben es einfach selbst in die Hand genommen, weil die Regierung nichts gemacht hat. Und sie haben festgestellt, dass sie gemeinsam etwas bewirken können."

---

[1] Siehe Jean-Arnault Dérens, „Was bin ich? Über Sinn und Unsinn von Volkszählungen in Exjugoslawien", *Le Monde diplomatique,* September 2013.

[2] „Emigration : la catastrophe démographique qui menace la Macédoine", *Le Courrier des Balkans,* 26. Oktober 2015.

[3] Daher musste sich die 1991 gegründete Republik mit dem lästigen Wortungetüm „Former Yugoslav Republic of Macedonia"(FYROM) abfinden, siehe Niels Kadritzke, „Jenseits des Olymp. Griechenland und seine Nachbarn", Edition Le Monde diplomatique, Nr. 15, Berlin (Taz Verlag) 2014.

[4] Siehe Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin, „Schauplatz Balkan", *Le Monde diplomatique,* Juli 2015.

[5] Diesem 1991 gegründeten losen Staatenbündnis aus Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei ging es anfangs vor allem um eine Annäherung an die EU. Das hat sich inzwischen geändert. Siehe Joseph Feinberg, „Warum die neue radikale Rechte so erfolgreich ist", *Le Monde diplomatique*, April 2016.

[6] Siehe „Disastrous summer for Macedonian media, with TV station and three dailies closed", Reporter ohne Grenzen, 17. August 2011.

[7] Siehe Jean-Arnault Dérens und Simon Rico, „Auf der Balkanroute", *Le Monde diplomatique,* April 2016.

***Aus dem Französischen von Richard Siegert***

Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin sind Redakteure der Website *Le Courrier des Balkans*.